



Rede des

Generalinspektors der Bundeswehr

General Wolfgang Schneiderhan

als Ehrengast der

464. Schaffermahlzeit

am 8. Februar 2008

in Bremen

ACHTUNG SPERRFRIST:

Rede frei ab Redebeginn, 18.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

< *Sehr geehrter Herr Koch,*
meine Herren! >

Ich freue mich aufrichtig und herzlich, Ihr Gast sein zu dürfen. Die Ehre und Bürde der Einladung zu diesem traditionsreichen Mahl nehme ich in der gebotenen Bescheidenheit stellvertretend für alle Soldaten der Bundeswehr – auch der weiblichen – dankbar an.

Es ist ein (im wahrsten Sinne!) einmaliges Erlebnis für mich, bei Ihnen sein zu dürfen.

Die doppelte Bedeutung des Wortes ‚Schaffen‘ – speisen und arbeiten – bringt für mich Schwaben auch im hohen Norden Vertrautheit. Das empfand mein verehrter Landsmann Theodor Heuss auch genauso und wohl deshalb war er gleich zweimal Gast.

Schaffen ist ein ganz wichtiges Wort in meinem Dialekt und prägte familiäre Orientierung mehr als das nun doch sehr populär gewordene ‚Schätzen‘.

Die Schaffermahlzeit gibt aber auch dem Soldaten ganz allgemein Vertrautheit: Der hier vorgeschriebene Frack stammt vom Uniformrock der Kavallerie, strenges Protokoll gibt Verhaltenssicherheit, in dem es Ordnung schafft - und Ordnung zu schaffen, ist immer den Schweiß der Edlen wert.

Ordnung zu schaffen erscheint mir ohnehin ein Grundmerkmal unserer Berufe - Kaufmann, Seefahrer und Soldat – zu sein.

Traditionelle Gepflogenheiten als der Väter Sitte zu respektieren – daran könnten sich weitere Kreise als die Schaffermahlzeit und soldatische Gemeinschaft orientieren.

Wer nun noch einwenden wollte, ein schwäbischer Soldat würde sich zumindest schwer tun mit Stockfisch, Rigaer Butt sowie Grünkohl und Pinkel, dem sei gesagt, dass auch die zurecht gerühmte Küche des Schwabenlandes Speisen kennt, deren Namen zunächst irritieren mögen, deren Geschmack am Ende aber begeistern kann.

Ganz sicher aber würde kein richtiger Schwabe die Einladung zu einem kostenlosen Essen ausschlagen, wie ungewöhnlich die Speisenfolge ihm auch immer vorkommen mag. In meinem Fall kommt nun noch ein jahrzehntelanges Training durch Truppen- und Feldküchen hinzu, bei denen man nicht „krüsch“ sein darf.

>Mein Herren!<

Kaufleute und Seeleute bedingen sich durch die schiere Profession und doch ist ihr Verhältnis seit jeher mehr als ein Verhältnis gemeinsamer Interessen.

Es herrschte immer ein Verhältnis des gegenseitigen Vertrauens und der sittlichen Zuverlässigkeit.

Auch der klügste Kaufmann muss irgendwann Schiff und Handelsgut an die Seeleute übergeben, damit diese über weite Seewege unter allen denkbaren Gefahren der launischen Natur und krimineller Piraten die kaufmännische Idee zur Wirklichkeit werden lassen.

Die Seeleute verließen sich auf anständige Heuer sowie auf einen gerechten Anteil am Gewinn der Fahrt. Und sie vertrauten darauf, dass der Kaufmann die Witwen und Waisen derer unterstützen würde, die auf See bleiben mussten.

Kluge Kaufleute und professionelle Seefahrer haben vor über 450 Jahren mit realistischem Blick für die wahrhaften Herausforderungen erkannt, dass man den Unwägbarkeiten von Politik und Handel und den Unbillen und Unberechenbarkeiten der See in einer starken Gemeinschaft besser trotzen kann, als auf sich alleine gestellt. Diese Verantwortungsgesellschaft setzt

Beispiel auch für moderne, offene Gesellschaften, sicher aber für Streitkräfte.

Gehen wir jetzt gemeinsam aus dem Vordergrund in den Hintergrund, so erkennen wir auf diesem Wege Analogien in unseren Professionen Kaufmann, Seemann, Soldat.

Um kluger, friedensstiftender und menschenwürdiger Politik – wo und wann immer dies vom Gesetzgeber als notwendig erachtet wird – Raum zu schaffen, geloben und schwören Soldaten, die sich ihnen daraus ergebenden Pflichten auch unter höchstem Risiko treu zu erfüllen. Wir nennen das „treu zu dienen“.

Und wir erwarten von unserem Eidnehmer, dem Dienstherrn also, dass er ganz im Sinne der bremischen Kaufleute seinen Teil der Pflichten übernimmt, in guten wie in schlechten Zeiten.

Auch die Unwägbarkeiten soldatischen Handelns fordern Handeln in starker und treu verlässlicher Gemeinschaft. Verlässlichkeit und Vertrauen sind folglich die beiden Grundpfeiler auf der unsere militärische Führungsphilosophie beruht: Führen mit Auftrag. Auch ganz neue Herausforderungen dürfen daran nichts ändern.

Und es ist schließlich die internationale Gemeinschaft, die den Gedanken der mittelalterlichen Hanse – „Einigkeit macht stark“ - in das Morgen übertragen kann.

Töricht wäre der Gedanke staatlicher Alleingänge zur Beherrschung der globalen Herausforderungen – ein nur vermeintlich neuer Begriff, wie Bremer Kaufleute und Seefahrer schon seit über 400 Jahren wissen.

Globalisierung – dieses Wort beschreibt, wenn auch in unscharfer Form – die neuen Herausforderungen vielleicht am deutlichsten. Wie überall gibt es Licht und Schatten. Zwangsläufig sieht der in den Kategorien globaler Sicherheitsvorsorge Denkende die Schatten in schärferer Kontur. Das muss auch so sein für all diejenigen, die Risiko absichern müssen. Ausgewogenheit des Urteils schafft die richtigen Maßstäbe.

Je mehr wir zusammenwachsen, desto mehr sind wir in unseren offenen und damit per se Risikogesellschaften gemeinsam auch gefährdet. Seit sich in der subjektiv schrumpfenden Welt die berechenbare bipolare

Ordnung ohne ebenbürtige Nachfolgerin abgemeldet hat, fühlen wir uns hilflos bei der Suche nach einem Index für Sicherheit.

Soviel wissen wir aber: Raketen, Panzer und Flugzeuge liefern weder nach Zahl noch nach Qualitäten die nötigen neuen Indikatoren.

Geographie und Bündnisstrukturen, nicht einmal historische Entwicklungen für sich allein betrachtet oder miteinander kombiniert, geben treffsichere Kriterien für Sicherheit heute, schon gar nicht für globale Sicherheitsvorsorge in der Generationenverantwortung.

Alte Konflikte, im bipolaren Abschreckungssystem über Jahrzehnte eingefroren, mahnen nun überfällige Lösungen an. Neue Herausforderungen haben zeitgleich das Bedrohungsspektrum dramatisch erweitert.

An der Spitze der Liste stehen die Spielarten des dschihadistischen Terrors. Andere Bedrohungen, auch religiös oder schlicht kriminell motiviert, folgen. Eine Trennschärfe der Motive ist oft nicht möglich.

Dass gesicherte Energieversorgung in einem hochindustrialisierten Staat mit Export- und Importabhängigkeit etwas mit Sicherheitsvorsorge zu

tun haben könnte, dringt langsam ins Bewusstsein. Dass der gesicherte Zugang zu Trinkwasser in dieser geschrumpften Welt ein Faktor staatlicher Überlebensfähigkeit werden könnte, mögen zu viele noch immer nicht glauben. Ein Blick in die Hintergründe des Konfliktes entlang des Jordans mag dabei helfen, die Dimensionen dieses Problems zu verstehen.

Gleichwohl ergeben sich zwei grundlegende Feststellungen bei der Analyse der neuen Bedrohungen:

1. Die räumliche Entfernung zu einem Problem sagt nichts aus über seine Relevanz für unser Land
2. Es gibt keine monokausalen Einfacherklärungen für die neuen Herausforderungen.

Daraus können wiederum zwei einfache Folgerungen für politisches Handeln abgeleitet werden:

1. Problemlösungen können nur in einem eng vernetzten, globalen Miteinander der internationalen Staatengemeinschaft gefunden werden,
2. Globale Sicherheitsvorsorge verlangt ein Instrumentarium, das weit mehr umfasst, als militärische Macht.

Wenn es wahr ist, dass kollabierende Staaten, die das staatliche Gewaltmonopol nicht durchsetzen können, Horte für wie auch immer motivierte Terroristen geworden sind oder werden können, dann ist Staatsaufbau oder Staatswiederaufbau die richtige Politik.

Wenn es zudem richtig beobachtet ist, dass Staatszerfall oft mit desaströsen sozialen und wirtschaftlichen Zuständen zusammenhängt und etwas zu tun hat mit der Perspektivlosigkeit junger Überbevölkerung sowie deren Anfälligkeit für verlogene Heilsversprechungen, dann werden wieder zwei Dinge offenkundig:

Erstens: Die Streitkräfte leisten zwar einen unverzichtbaren Beitrag im Rahmen jeden Krisenmanagements, denn sie erst ermöglichen die Arbeit anderer Akteure. Deren Aufgaben im Rahmen des Krisenmanagements können die Streitkräfte aber nicht übernehmen.

Streitkräfte sollten weder Schulen betreiben, noch ein funktionierendes Justizsystem schaffen müssen. Sie sind mit dem Auftrag überfordert, organisierte Kriminalität zu bekämpfen und sie können auch keine Verwaltungsstrukturen aufbauen.

Allein der Gedanke an Gewaltenteilung als Grundprinzip politischer Ordnung verbietet den Einsatz von Streitkräften für alles und jedes.

Zweitens: Um Staatsaufbau und Staatswiederaufbau zu ermöglichen und damit dem Terrorismus dauerhaft seinen Nährboden zu entziehen, müssen auf allen Handlungsfeldern, also Sicherheit, Wirtschaft und Soziales gleichermaßen umfangreiche Anstrengungen unternommen werden.

Alle Instrumente staatlichen Handelns müssen gemeinsam eingesetzt werden, um im Interesse unserer eigenen Stabilität überall dort Stabilität herzustellen, wo ihr Fehlen uns bedroht – heute, morgen oder erst übermorgen.

Der Einsatz militärischer Macht dient als Voraussetzung und zur Absicherung des Stabilitätsaufbaus, sowie als absichernde Nachsorge für den Erfolg des Handelns. Er schafft den Handlungsspielraum für Politik, Justiz, Verwaltung, Schulwesen und – ganz wichtig – für die Wirtschaft zum Aufbau der Perspektiven des Fortschritts.

Dieser so ganz offensichtlich notwendigen Vernetzung fehlt aber noch die enge mentale Masche. Damit meine

ich all die Autoritäten, die nötig sind, um geschundene Gesellschaften immun zu machen gegen verbrecherische Heilslehren und zutiefst inhumane Intoleranz.

Gegen religiöse Verirrungen, die Menschen zu lebenden Bomben degenerieren lässt, reichen militärische Macht und Wirtschaft am Ende nicht aus.

Es ist eine nicht immer einfache Aufgabe, den Gesellschaften, denen wir zu stabiler humanitärer Ordnung verhelfen wollen, zu vermitteln, dass Terror, Gewalt und menschenverachtende Intoleranz keine Grundlage (und keine Alternative) für eine menschenwürdige Zukunft sind.

Es ist aber auch schwierig gegenüber unserer eigenen Gesellschaft, der wir zum Gelingen dieser aktiven Friedenspolitik entschlossene Anstrengungen und strategische Geduld abverlangen müssen.

Diese reichen bis zum persönlichen Risiko für Leib und Leben derer, die wir dann zu aktivem Handeln, ob in Uniform oder in Zivil, entsenden.

Für die große Mehrheit der deutschen Gesellschaft sind die Auslandseinsätze der Bundeswehr oft nicht viel mehr als bloße Medienereignisse - mehr virtuelle

Realität als eigene Erfahrung und mehr Nachricht als persönliche Betroffenheit.

Anders als im vergangenen Jahrhundert ist es heute möglich, dass deutsche Soldaten und Soldatinnen in kriegsähnliche Situationen geraten, während gleichzeitig in der Heimat tiefer Friede herrscht.

Die Notwendigkeit einer aktiven Friedenspolitik ist auch deshalb so schwierig zu vermitteln, weil die Wahrnehmungen eines solchen Handelns so unterschiedlich geworden sind. Als stark wird wahrgenommen, wer skrupellos ist in Wahl und Anwendung seiner Waffen und Methoden: Terror, Massenvernichtungswaffen, Menschen als lebende Bomben oder Schutzschilder.

Der vordergründig Mächtige und Überlegene wird verzugslos über die Medien in seiner Hilflosigkeit nach dem Attentat der Welt vorgeführt.

Wer Furcht, Schrecken und Unsicherheit sät, hat beste Chancen, als der Starke wahrgenommen zu werden.

Bekennerschreiben werden in ihrem menschenverachtenden, verhöhnenden Charakter kaum mehr wahrgenommen, sie schließen vielmehr medial die Fälle fast aktenkundig ab.

Ich habe auf diesen mentalen Aspekt vernetzter Sicherheitsvorsorge deshalb etwas ausführlicher hingewiesen, weil ich zwei Aspekte des Scheiterns unserer, wie ich meine, richtigen aktiven Friedenspolitik sehe:

Im Interventionsgebiet, weil es nicht gelingt, die Wahrnehmung der positiven Zukunftsperspektiven zur Immunisierung gegen die terroristische Verunsicherung zu mobilisieren und damit den Gewaltakteuren den Nachwuchs zu entziehen, indem ein Interesse an Frieden und Toleranz geschaffen wird.

Und zu Hause, weil die Gesellschaft die Fortschritte nicht sieht, Lasten nicht länger tragen will und die Notwendigkeit des Risikos nicht mehr erkennt. Aber auch, weil sie in der ständigen innenpolitischen Diskussion um den Sinn der mehrheitlich mandatierten Friedenspolitik gegen die zynische Furchtverbreitung durch die Terroristen die Orientierung verliert.

Alle gesellschaftlich relevanten Gruppen und Akteure in der vernetzten Sicherheitspolitik müssen unserer Gesellschaft ganz grundsätzlich dabei helfen, den Weg zu verstehen, den wir gehen müssen:

Vom aufgenötigten Akt der Selbst- und Landesverteidigung, der wegen der kollektiv erfahrbaren Implikationen weniger erklärungsbedürftig war, hin zu der souveränen Entscheidung, aktive, verantwortungsethisch abgeleitete, vorsorgende globale Friedenspolitik zu betreiben.

Und dies auch, wenn dazu Gewaltoptionen streitender Parteien mit militärischer Gewalt blockiert werden müssen.

Oder mit anderen Worten, wenn Soldaten in ein Risiko geschickt werden, müssen sie die Unterstützung der Gesellschaft finden, auch wenn diese, vordergründig gesehen, im Augenblick der Entscheidung kollektiv nicht betroffen ist.

Meine Herren!

Bis jetzt habe ich mich Aspekten des Neuen in den veränderten Bedrohungswelten gewidmet.

Dabei ging es im wesentlichen um die Aspekte der Asymmetrie, die unser Handeln ganz allgemein und unser militärisches Handwerk in ganz besonderer Weise zu innovativen Entwicklungen herausfordert.

Das Fähigkeitsprofil moderner Streitkräfte verlangt Vernetzung auf ganz niedriger Ebene. Militärische Gefechtsfähigkeit muss sich verbinden mit einem ganz breit angelegten zivilgesellschaftlichen Leistungsspektrum von Schutzgewährung bis hin zur Streitschlichtung mit, lassen Sie es mich aussprechen, sozialarbeiterischen Qualifikationen.

Es sind häufig gerade die zivilgesellschaftlichen Qualitäten, die militärische Fähigkeiten zu effizienter Wirksamkeit bringen.

Auf dem Gefechtsfeld von heute ist die Ordnungs- und Führungsaufgabe auf engem Raum von einer bislang unbekanntem qualitativen Vielschichtigkeit.

An einem entfernteren Punkt wird Artillerie eingesetzt, um die kleineren bis mittleren Gruppen von Terroristen, die Panzerfäuste haben, auf Abstand halten und am Vorkommen zu hindern. Auf dem pulsierenden Marktplatz, wo sie fast alles kaufen können, bombt ein Selbstmordattentäter 30 Landsleute in die Luft.

3 Häuserblocks weiter muss eine wahlvorbereitende Konferenz von Stammesältesten abgesichert werden und 5 Blocks weiter wird eine Schule eingeweiht mit Beteiligung internationaler Politik- und

Pressevertretung. Und wieder 10 Häuserblocks weiter muss die Ausbildung von Polizei und Armee des Gastlandes – ja des Gastlandes – ausgebildet werden.

Zwei andere Aspekte des Leistungsprofils seien nur skizziert: Diese Aufgaben benötigen immer mehr Zeit und mehr Soldaten als anfangs gedacht.

Diese wenigen Bemerkungen zum Fähigkeitsprofil waren für den Hintergrund derer, die glauben, Berufsmilitärhandwerker in kleinen Streitkräften, die könnten das allein und auch besser machen.

Die Sorge verantwortlich Denkender, dass sich unsere Bundeswehr nun ganz auf Einsätze nach dem Modell Balkan, Libanon, Afghanistan optimiert, ist mir bekannt. Ich will die Sorge nehmen.

Wir, die wir heute Verantwortung tragen, wissen, dass die Entsendung von Stabilisierungskräften gegenwärtigen Leistungsprofils und gegenwärtigen Umfangs nicht die höchste denkbare Herausforderung an Deutschland sein muss. Die Konzeption der Bundeswehr und ihre Streitkräftekategorien spiegeln dies deutlich.

Bei allem Druck, sich mit der Asymmetrie erfolgreich auseinander zu setzen, verlieren wir die – wenn derzeit

auch unwahrscheinlichen Herausforderungen – symmetrischer Kriegführung nicht aus den Augen.

Uns Verantwortlichen stockt der Atem bei dem Gedanken, dass die mühsam erzielten Fortschritte auf dem Weg zur symmetrischen Rüstungskontrolle doch reversibel sein könnten und dadurch Tür und Tor zu neuen Wettläufen und Ungleichgewichten geöffnet werden könnten.

Wir heute Verantwortlichen widmen auch einen guten Teil unserer Prognosefähigkeit der Frage, ob sich jene, die heute ausschließlich auf Sprengfallen und Selbstmordbomben zurückgreifen, weil ihnen heute, ich betone ‚heute‘, keine andere Alternativen bleiben, um als der Stärkere zu gelten, wenn sich diese also an die Bedrohungsträger aus unserer bipolaren Vergangenheit erinnern.

Zu Beginn habe ich davon gesprochen, dass geographische Distanzen ihre Bedeutung verloren haben. Zum besseren Verständnis von Entwicklungslinien und potentiellen Risiken lohnt sich ein Blick auf die Weltkarte aber allemal, insbesondere in diesem Zusammenhang.

Dass ich mich mit Blick auf andere Einsatzszenarien der Bundeswehr auf das heute gültige Grundgesetz zurückziehe und dem Primat der Politik meine Referenz erweise, mögen Sie, meine Herren, positiv bewerten.

* * *
. . .

Mein Herren!

Die Bundesrepublik gestaltet nach Ende der bipolaren Konfrontation eine verantwortungsbewusste, aktive Friedenspolitik. Dies der Gesellschaft als stabilisierenden Orientierungspunkt im diffusen Umfeld zu vermitteln, verdient unsere gemeinsame Anstrengung. Kaufleute, Seeleute und Soldaten kennen die Werte Ordnung, Orientierung und Verantwortung im Risiko.

Durch den Wagemut der politischen und militärischen Gründerväter sind deutsche Streitkräfte erstmals in unserer Geschichte ein glaubwürdiges, zuverlässiges und gesellschaftlich tief verankertes Mittel aktiver Friedenspolitik geworden.

Primat der Politik, Kontrolle durch das Parlament, konsequente Bindung soldatischen Handelns und zivilgesellschaftliche Einbindung unserer Streitkräfte

sind unverrückbare Konstanten unseres Selbstverständnisses.

Daraus leiten wir Soldaten durchaus auch viel Selbstvertrauen und Gelassenheit ab.

Ähnlich wie die Seeleute, die in rauer See auf sich allein gestellt sind, vertrauen wir darauf, den Herausforderungen im Einsatz gerecht zu werden. Auch wir trauen uns zu, fern der Heimat und in schwieriger Lage die richtigen Entscheidungen zu treffen und schweres Wetter durchzustehen.

Und wir erwarten, dass man uns in der Heimat auch zutraut, vor Ort die richtigen Entscheidungen zu treffen. Ich denke, die Bundeswehr und die Menschen, die in ihr dienen, haben in den vergangenen 50 Jahren bewiesen, dass sie dieses Vertrauen verdienen.

Sorgsam und verantwortungsbewusst getroffene Entscheidungen müssen, auch wenn es schwieriger und gefährlicher wird, politisch konsequent durchgehalten werden. Nur so gewinnt man motivierende Sicherheit der Soldaten und Zuversicht bei denen, denen man zur Hilfe kam. Alles andere, Zögern und Zaudern, ist Wasser auf die Mühlen der

Gegenseite. Was sind das für Helfer, die an sich selbst nicht glauben?

Wir Soldaten verstehen uns als Instrument zur militärischen Absicherung des politischen Rückzugs aus der Geschichte von Krieg, Gewalt und Terror. Und wir wissen, dass es sich lohnt, diesem Land in diesen Streitkräften zu dienen.

Und schließlich sei mir noch die Frage nach dem Selbstverständnis des Staatsbürgers unter veränderten Sicherheitsherausforderungen erlaubt: Wenn wir darin übereinstimmen, dass Bedrohung und Risiko nicht verschwunden sind, sondern nur ihr Gesicht verändert haben, dann ist doch auch die Frage zulässig, ob genau jetzt der Staatsbürger aus seiner Pflicht, der Sicherheit seines Landes zu dienen, entlassen werden darf.

Wer ist denn eigentlich der Staat, an den der Bürger die Verantwortung für seine Sicherheit delegieren kann?

Die Frage ist doch anders herum, was der demokratische Staat seinen Staatsbürgern auferlegen darf. Und die Frage ist doch auch, ob dazu Schutz und Verteidigung von Frieden, Demokratie und Menschenrechten gehören.

Meine Herren, ich danke Ihnen dafür, dass Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, so offen Hintergründiges zu sagen. Danke.

* * * *